



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 160/GP

22.07.2016

Huml für weniger freiheitsentziehende Maßnahmen im Pflegeheim - Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin: Auch Einsatz von Psychopharmaka muss genau geprüft werden

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml setzt sich dafür ein, dass freiheitsentziehende Maßnahmen in der Pflege verringert werden. Huml betonte am Freitag anlässlich einer Fachtagung in München: "In jedem Einzelfall muss geprüft werden, ob andere pflegerische Maßnahmen eine Fixierung ersetzen können. Das gilt auch beim Einsatz von Psychopharmaka als freiheitsentziehende Maßnahme."

Die Ministerin erläuterte anlässlich der Fachtagung an der katholischen Stiftungsfachhochschule: "Das Thema medikamentöse Fixierungen bewegt die Menschen. Zwar können Psychopharmaka für pflegebedürftige Menschen sehr hilfreich sein, wenn sie richtig und sinnvoll angewendet werden. Es gibt aber die Sorge, dass ruhiggestellte, apathische Bewohner das Bild vom Leben in Pflegeheimen prägen. Deshalb ist es mir ein Anliegen, dass über dieses Thema offen und sachlich diskutiert wird."

Die Ministerin fügte hinzu: "Der sogenannte 'Werdenfelser Weg' hat das Ziel, die Entscheidungsprozesse über die Notwendigkeit freiheitsentziehender Maßnahmen zu verbessern. Es geht dabei darum, Fixierungen auf ein unumgängliches Minimum zu reduzieren - in stationären Einrichtungen der Altenpflege und für Menschen mit Behinderungen sowie in somatischen und psychiatrischen Krankenhäusern. Die Initiative aus Garmisch-Partenkirchen hat weit über Bayern hinaus viele Nachahmer gefunden. Als vorbildliches Verfahren ist der 'Werdenfelser Weg' auch in unserer Broschüre zur Demenzstrategie enthalten."